

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2004, Nr. 11, S. N5

Geisteswissenschaften

Vorsorgeprinzip **Blairs Ökologie**

In die französische Verfassung soll ein neuer Grundbegriff aufgenommen werden. François Ewald, Philosoph und Politikberater aus der Schule Michel Foucaults, teilte auf einer Tagung am Wissenschaftszentrum Berlin gerade mit, demnächst sei Frankreich nicht nur "une République indivisible, laïque, démocratique et sociale", wie es im Zweiten Artikel der Verfassung von 1958 heißt, sondern auch "écologique". Der Staat verstehe sich erstmals ausdrücklich als Vorsorgeunternehmen, indem er dem Prinzip der vorausseilenden Gefahrenabwehr Verfassungsrang zuschreibe. Das ändert für Ewald alles. Wissenschaftliche Gewißheit als Grundlage politischen Entscheidens trete hinter öffentlichen Ängsten zurück. Man verteidige Maßnahmen dann nicht mehr aufgrund wahrer Prämissen, sondern durch wahrscheinliche Befunde. An die Stelle des Verstandes schiebe sich die Einbildungskraft als wichtigstes politisches Vermögen. Wer eine Gefahr behaupte, komme in die stärkere Position gegenüber denen, die, wie etwa Industrieunternehmen, als Ursache dieser Gefahr bezeichnet werden: Ewald vermutete als Effekt der ökologischen Staatsauffassung eine Umkehr der Beweislasten. Im Regime der Wahrscheinlichkeit müsse der Beklagte nachweisen, keine Gefahr für das Gemeinwohl darzustellen, weil der Ankläger einer Darlegung lückenloser Kausalität entoben sei. Als Greenpeace einst die Entsorgung "Brent Spar" inkriminierte, folgte der Vorgang genau diesem Schema.

Für die Teilnehmer der Berliner Diskussion über transnationale Risiken, die den Auftakt zu einer von der Irmgard **Coninx**-Stiftung geförderten Forschungsreihe zu diesem Thema bildete, mochten das zunächst keine allzu aufregenden Nachrichten sein. Einerseits ist bekannt, daß deklarierte Staatsziele mehr als symbolische Wirkung nur zeigen, wenn die Gerichte etwas Neues mit ihnen anfangen können. Kaum vorzustellen, daß sich das französische Haftungs-, das Umwelt- oder das Verwaltungsrecht nun schlagartig ändern werden; kaum vorzustellen auch, daß sie Prinzipien wie das der Gefährdungshaftung nicht schon kannten. Andererseits gehört der Höchststrang ökologischer Belange zusammen mit dem Gefühl, in einer Risikogesellschaft und einem zur Gefahrenabwehr verpflichteten Staat zu leben, seit langem zum Normalbewußtsein. Man hat allenfalls den Eindruck, daß der Staat solchen Aufgaben nicht ausreichend nachkommt.

In diesem Sinne argumentierte auch der Rest des Podiums, von Nordrhein- Westfalens grüner Umweltministerin Bärbel Höhn bis zu Charles Perrow, dem Soziologen aus Yale, der vorschlug, anstatt über Risiken über Macht zu diskutieren. Marktvorteile und politisch ungleich verteilte Macht nämlich brächten allererst jene Risikolagen hervor, die sich in der Moderne so aufdringlich zeigen. Erdbeben in Kalifornien? Gäbe es dort keine urbanen Agglomerate aufgrund wirtschaftlicher Interessen und dem Bedürfnis nach Strandleben, würde nur Natur erschüttert. Erst das dichte Siedlungsverhalten samt dem Aufbau entsprechender Infrastrukturen, die um so störanfälliger sind, je mehr sie leisten müssen, mache das Sozialleben hochempfindlich für Epidemien, terroristische Angriffe oder Computerabstürze. Die um der Minderung von Risiken willen nötige stärkere Entflechtung von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und großen technischen Systemen sei aber eben eine Machtfrage. Wer Ökologie will, muß Umverteilung bejahen. Die Ministerin nickte: So sei es in der Tat auch hier, beim Risiko, die einen machten die Profite, die anderen trügen die Kosten. Von den Arbeitsplätzen, aus denen die anderen von den einen ihr Einkommen beziehen, und von der falschen Ernährung, die niemandem als Bezugsquelle von Herzinfarkten aufgezwungen wird, sprach sie so wenig wie Perrow.

Ewald aber hatte mit seiner Skepsis gegenüber dem vorsorglichen, auf Wahrscheinlichkeit und nicht auf Gewißheit beruhenden Handeln viel mehr im Blick als Atomkraftgegner oder Verächter von genetisch frisierten Salatsorten. Ökologisches Denken ist für ihn nicht auf den Umgang mit Natur beschränkt: Es kennzeichne vielmehr eine ganze Einstellung zum demokratischen Entscheiden. George W. Bush und Tony Blair haben in diesem Sinne ökologisch gehandelt, als sie den Irak angreifen ließen. Über die Massenvernichtungsmittel auf feindlichem Boden wußten sie ungefähr

soviel wie die Wissenschaft vom Elektrosmog durch Mobiltelefone, nichts Genaues jedenfalls. Aber selbst bei geringer Wahrscheinlichkeit des Vorhanden- oder besser: Verstecktseins solcher Waffen schätzten sie den Schaden, der daraus drohe, hoch genug ein, um durch Multiplikation beider Größen auf eine ausreichend erschreckenden Betrag zu kommen. Ergo angegriffen - der klassische Fall von "Prävention", wohl nicht zufällig ein Begriff, der aus dem militärischen in den versicherungstheoretischen Bereich übergegangen ist.

Ich weiß es nicht genau, aber besser, ich übertreibe die Gefahr, als nicht zu handeln - so sprechen für Ewald beide, der Ökologe wie der neueste Kriegsherr. Jenes "besser" gewinnen sie aus dem Gefühl, nicht dem Verstand. Tony Blair hat dem zuletzt eine religiöse Wendung gegeben: Er halte es zwar für unwahrscheinlich, daß noch Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden werden, glaube aber nach wie vor an ihre Existenz. Beats me, Minister! "Welche Art von Demokratie werden wir haben?" - auf diese Frage lief François Ewalds Einlassung hinaus, wenn diese Art von andächtiger Rede des Herzens normal wird.

JÜRGEN KAUBE

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Sachgebiet: WISS Wissenschaft
Datum: 20040114

977604, FAZ , 14.01.04; Words: 749, NO: FNUW200401142170109